

2009 - 2014

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2012/2185(DEC)

1.3.2013

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

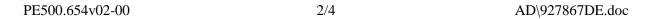
für den Haushaltskontrollausschuss

zur Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte für das Haushaltsjahr 2011 (C7-0247/2012 – (2012/2185(DEC))

Verfasser der Stellungnahme: Georgios Papanikolaou

AD\927867DE.doc PE500.654v02-00

 PA_NonLeg



VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- 1. begrüßt die Schlussfolgerungen des Rechnungshofs, wonach der Jahresabschluss der Agentur die Finanzlage der Agentur zum 31. Dezember 2011 sowie die Ergebnisse ihrer Vorgänge und Cashflows für das an diesem Stichtag endende Haushaltsjahr insgesamt sachgerecht darstellt und die dem Jahresabschluss der Agentur für das Haushaltsjahr 2011 zugrunde liegenden Vorgänge in allen wesentlichen Punkten rechtmäßig und ordnungsgemäß sind;
- 2. stellt fest, dass sich der endgültige Haushaltsplan der Agentur für das Haushaltsjahr 2011 auf 20.180.020 EUR belief, wobei der Beitrag der Union 99% des Haushaltsplans ausmachte; erkennt an, dass die Agentur 2011 100% der erhaltenen Mittel gebunden hat; stellt jedoch fest, dass die Ausführungsrate der Agentur bei den ausgezahlten Mitteln unter Titel 2 (Verwaltungsausgaben) bei 75% und unter Titel 3 (Operative Ausgaben) bei nur 27% liegt; stellt fest, dass dies bei den ausgezahlten Mitteln einem Anstieg von 62% auf 75% im Vergleich zu 2010 entspricht; fordert die Agentur auf, spezifische Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsplanung und der Ausführungsquote für Zahlungsermächtigungen bei Verwaltungs- und operativen Ausgaben durchzuführen;
- 3. beglückwünscht die Agentur dazu, dass der Rechnungshof in seinem Bericht keine kritischen Bemerkungen vorgebracht hat;
- 4. fordert den Rechnungshof grundsätzlich auf, die Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung der Agentur weiter in den Vordergrund zu stellen, insbesondere in Bezug auf die Sparsamkeit, die Wirtschaftlichkeit und die Wirksamkeit, die die Agentur bei der Verwendung der ihr zugewiesenen Mittel im Rahmen der Durchführung ihrer Aufgaben an den Tag gelegt hat.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

| Datum der Annahme | 21.2.2013 |
|--|--|
| Ergebnis der Schlussabstimmung | +: 50 -: 0 0: 0 |
| Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder | Jan Philipp Albrecht, Rita Borsellino, Emine Bozkurt, Arkadiusz Tomasz Bratkowski, Philip Claeys, Carlos Coelho, Ioan Enciu, Frank Engel, Kinga Gál, Kinga Göncz, Nathalie Griesbeck, Sylvie Guillaume, Ágnes Hankiss, Anna Hedh, Sophia in 't Veld, Lívia Járóka, Teresa Jiménez-Becerril Barrio, Timothy Kirkhope, Juan Fernando López Aguilar, Baroness Sarah Ludford, Monica Luisa Macovei, Véronique Mathieu Houillon, Anthea McIntyre, Nuno Melo, Louis Michel, Claude Moraes, Georgios Papanikolaou, Jacek Protasiewicz, Carmen Romero López, Judith Sargentini, Birgit Sippel, Renate Sommer, Nils Torvalds, Wim van de Camp, Axel Voss, Renate Weber, Josef Weidenholzer, Auke Zijlstra |
| Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen) | Mariya Gabriel, Monika Hohlmeier, Marian-Jean Marinescu, Jan Mulder, Raül Romeva i Rueda, Salvador Sedó i Alabart, Janusz Wojciechowski |
| Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2) | Knut Fleckenstein, Karin Kadenbach, Ivailo Kalfin, Iosif Matula, Ivo Vajgl |

